

Neujahrsbrief 2004

Liebe Freundinnen und Freunde des iff,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

wir wünschen Ihnen und uns für das Jahr 2004 Mut und Selbstvertrauen, mit dem Sie und wir Wirtschaft und Gesellschaft nachhaltig für unsere Zukunft umstrukturieren und langfristig sichern können.

1. Wer mutig und handlungsfähig sein will, muss seine **Angst überwinden**. Laut FORSA beurteilen 74% der deutschen Bevölkerung die wirtschaftlichen Chancen 2004 schlechter als bisher, nur 21% halten nach NFO-Infratest einen Aufschwung für wahrscheinlich, die Mehrheit (70%) sieht die Arbeitslosigkeit wachsen und 88% haben weniger Vertrauen in den Sozialstaat.

Erinnern wir an das Schicksal der Minoer vor 3500 Jahren. Ab 1450 v. Chr. war ihre Hochkultur auf Kreta verschwunden. Ein 200-jähriges Siechtum hatte sie dahin gerafft. Nachdem 1645 v. Chr. der Vulkan von Santorin ausbrach, machte die umhertreibende Schlacke die Meere unbefahrbar und veränderte ihre religiösen Einstellungen. Aus der Verehrung visionärer Schönheit und Vollkommenheit wurde ein Geisterglaube. Angst, Pessimismus und Fatalismus nahm dem großen Handelsvolk die Fähigkeit Alternativen zu finden, die den wirtschaftlichen und dann auch ethnischen Untergang hätten verhindern können.

Angstideologien sind auch uns zurzeit nicht fremd. Während die Film- und Computerindustrie mit ihren Thrillern, Horrorfilmen, (inzwischen zu Gouverneuren gewählten) Terminatoren, Aliens und Monstern vor allem der Jugend die Gewöhnung an die Angst als Aufputschdroge verschreibt, vermelden unsere Nachrichtensendungen täglich die Bedrohung durch den Terrorismus. Alarmstufen werden verhängt, Präventivkriege begonnen, Furcht vor Anschlägen wird zum Morgengebet Material dafür „pusten die Geheimdienste, vorneweg die Amerikaner ... vielleicht zu viel ungeprüft hinaus“ (Marianne Quoirin: „Zwischen Panik und Verharmlosung“. In: Kölner Stadt Anzeiger, 02.01.04, S.3).

Von den eigentlichen Bedrohungen - globale Erwärmung, Umweltzerstörung, Überalterung der Gesellschaft, Aids, Verarmung, Übergewichtigkeit, Verwahrlosung, kultureller Monismus - lenkt die diffuse Furcht vor dem doppelköpfigen Drachen des **Terrorismus** ab. Eine unendliche Geschichte der Ohnmachtsgefühle beginnt, die den Mut für das Machbare in die virtuelle Welt entführt.

Ist dies notwendig? Der gierig publizierte Einzelfall beweist alles und wo es an Nachrichten fehlt, dort helfen Präventivschläge, Bulldozer, herabwürdigende Behandlung bis zum gezielt präventiven Todesschuss des Gegners nach. Im nordamerikanisch dominierten Lateinamerika, im von den Nationalsozialisten besetzten Europa, den englisch besetzten Ländern Nord-Irland und Kenia, im französisch besetzten Algerien, im spanisch dominierten Baskenland und im italienischen Südtirol waren schon früher weit mehr Bombenanschläge zu verzeichnen. Heißen sie nun Terroristen, Widerstandskämpfer, Freedom Fighter, Revolutionäre, Guerilleros oder Glaubenskrieger - Bomben haben sie alle gezündet ebenso wie die Kampfpiloten der ordentlichen Streitkräfte aller Länder. Hat die Angst davor jemals Konzepte für die Zukunft hervorgebracht? Ein amerikanischer Präsident, der im Krisenfall aus Angst abgeschirmt von der Öffentlichkeit in einem Flugzeug durch die USA irrt, seine Siegeserklärung auf einem Flugzeugträger verliert oder erst nachträglich publiziert, zu Weihnachten inkognito für zwei Stunden im besiegten Irak bei seiner Truppe auftaucht, personifiziert das Bild der Angst, die die Welt regiert. Da scheint es schon mutig, wenn er bekennt nach einem einzigen BSE-Fall doch noch Rindfleisch zu essen.

„Angst“, so weiß schon das Sprichwort, „ist kein guter Lehrmeister“. „Angst essen Seele auf“ titelte Rainer Werner Fassbinder. Angst „lähmt“, versperrt dem „Kaninchen, das auf die Schlange starrt“ die Fluchtmöglichkeiten. Von Angst befreit nur der Mut und nicht die Befreiung von Menschen, Dingen und Einstellungen, denen man angsteinflößenden Charakter andichtet und auch nicht die Un-

terwerfung unter die Mächtigen. Freiheit *zu* und nicht Freiheit *von* schafft Visionen, die Mut machen können und für die es sich lohnt einzutreten und sich zu engagieren. Angst vor Gefahren, die scheinbar nur noch andere mit viel Macht lösen können, ist der Nährboden für autoritäre Ideologien und der Freibrief für Unterdrückung.

2. Angst braucht einen Nährboden der Unsicherheit und Ohnmacht. **Das Geld** hat uns mit großartigen Möglichkeiten der Sicherheit versorgt, indem es erlaubt, Risiken zu verteilen und es jedem, der es besitzt, unabhängig von Stand Herkunft und Geschlecht die gleichen Möglichkeiten zusichert alles zu erwerben. Es erzeugt aber auch Angst, wo es uns Gefahren entfremdet, über die Finanzdienstleistungen Risiken erzeugt, mit Wucher und Diskriminierung soziale Sicherheit beeinträchtigt und die Kurzfristigkeit zum allgemeinen Prinzip erhebt.

a) Moderne Bedrohungen werden in Gewinn- und Wachstumssätzen für den Einzelnen unbeherrschbar dargestellt. Statt ähnlich wie bei den mittelalterlichen **sieben Todsünden** des Evagrius von Pontus, die Pieter Brueghel so drastisch gemalt hat („Völlerei, Wollust, Habgier, Traurigkeit, Zorn, geistige Faulheit, Ruhmsucht und Stolz“) hautnahe individuell verantwortbare Krisenbewältigungsinstrumente zu nutzen sollen wir ausgeben, verprassen, andere ausschließen, Kredite aufnehmen und die Wirtschaft ankurbeln, nur um wie auch immer vermittelt magische Zahlengrenzen zu unter- oder überschreiten.

Bevölkerungs-, Defizit-, Haushalts-, Steuer- und Einkommensschätzungen werden uns so vorgelegt, dass wir wie die Kaninchen auf die „Richterskala“ der ökonomischen Erdbeben starren, die das menschlich Gemachte als Naturkatastrophe verklären. Der Tanz um das 3% Defizit-Kriterium von Maastricht, die „psychologisch wichtigen“ Tausendergrenzen beim DAX und Dow Jones, die schwarze null in den Bilanzen, die 15% Eigenkapitalrendite bei Banken, die 8% Eigenkapitalunterlegung von Basel II, die magische 20%-Beitragsgrenze bei der Rentenversicherung oder die 1,30 € bei der Dollarparität sowie das „gesunde Wachstum“ von 3% sind unsere goldenen Kälber, die von der Misswirtschaft der letzten 20 Jahre ablenken. Ihre Rationalität ist der gewinnorientierten Produktion entnommen, die zwar für alles Modell steht, nicht jedoch alles ist: Überschlägig berechnet werden von den 723 Mrd. Stunden Lebenszeit, die die Deutschen im Jahr zur Verfügung haben, gerade einmal 3% in dem Bereich verbracht, der das reine Gewinnprinzip des share holder value als Lebensziel hat. Selbst für Geld arbeiten wir insgesamt nur 7%, Schlafen frisst allein 30%. Die meiste Zeit verbringen wir mit dem Konsum oder Erziehung (34%), Kultur, Ernährung, Hauswirtschaft, Kommunikation und Erhaltung oder Herstellung der Gesundheit, die wir für unproduktiven Konsum halten, obwohl es Arbeit ist. Während ein Teil der Betriebswirtschaftslehre mit dem Initiativsystem darüber nachsinnt, wie man immer kreativer, kollektiver und sparsamer arbeitet, widmet sich ein anderer Teil im Marketing der Aufgabe, die Verbraucher immer dümmer, egoistischer, verschwenderischer zu machen. Beides dient unter dem Geldschleier scheinbar demselben Ziel.

Mit der **Utopie eines produktiven, kollektiven und daher sparsamen Konsums**, der durch staatlich geförderte Forschung und „Konsumunternehmen“ Gestalt annehmen könnte, haben wir neue Wege angedeutet, wie den Menschen als unternehmerischen Verbrauchern ein Teil der Herrschaft über die Verwertung ihrer Arbeitskraft zurückgegeben werden kann, wobei die Finanzdienstleistungen in dieser Utopie eine zentrale Rolle spielen. Neben den Schutz der Verbraucher als Nachfrager (Schutz der Wahlfreiheit durch informationellen Verbraucherschutz) und Investoren (Schutz des Realeinkommens durch sozialen Verbraucherschutz) tritt darin der Schutz des Konsumprozesses selber (kollektiver Verbraucherschutz). „Selbsthilfe für die Hilflosen“¹.

Wenn wir das Leben fördern wollen, können wir uns nicht darauf beschränken, die besagten 3% der kollektiven Lebenszeit zu optimieren und mit Kapital zu versorgen, denen wir Modellcharakter beimessen wollen und deren Manager die Macht dazu haben und unsere Reformkommissionen bestimmen, auch wenn der Regierungschef „aufseiten der Wirtschaft ... offenbar vorwiegend auf den Rat von Managern deutscher Großkonzerne setzt“ („Kanzler holt Rat bei Managern“. In: Süddt. Ztg., 09.01.04, S. 5). Wir müssen Geld auch dorthin bringen, wo es „nützlich“ ist. Lenkung der Geldströme, die als Wasserläufe stilisiert die Publikationen des *iff* untermalen, ist eine Aufgabe, die Fantasie und technisches Wissen erfordert.

¹ http://www.money-advice.net/admin/media.php/file/media/762/Selbsthilfe_durch_die_Hilflosen_Bonn_2003.pdf

b) Ein großer Teil der allgemeinen Verunsicherung wird durch die abrupte **Verlagerung von Vorsorgeleistungen** auf die privaten Finanzdienstleistungen bewirkt, die ihrerseits dem Verbraucher immer mehr Unsicherheit zumuten.

Ist der Abbau von Subventionen und Sozialversicherungsleistungen in Arbeit, Gesundheit, Kultur und Bildung die Ursache der Verunsicherung? Zwingend ist das nicht. Das meiste Vertrauen hat der Mensch in sich selbst. Wenn er für sich sorgt und seine Probleme in die eigene Hand nimmt, dann steigt die Erwartungssicherheit, das Engagement und die Orientierungsfähigkeit. Was man selber schafft, schafft Mut zum Handeln, während die Abhängigkeit von Versorgung auf Dauer kleinstmütig und handlungsunfähig macht. Daher ist, wie wir in unserem Gutachten für die Bertelsmann-Stiftung dargelegt haben, die private Altersvorsorge an sich nicht das Problem. Auch die Selbstbeteiligung in der Gesundheitsvorsorge, die Kreditierung der Studienkosten, private Finanzierung von Kultur und Bildung sind an sich keine Verunsicherungen. Das Kind hat Angst vor dem Gang in den Keller, nur wenn es allein ist. Verunsichert sind die Verbraucher, wenn wir sie mit Ich-AG, Single-Dasein, individueller Verantwortung isolieren und zudem die öffentlichen aber immerhin doch solidarischen Systeme abbauen, bevor adäquate private Systeme zur solidarischen Vorsorge verfügbar sind und wirken können. Mit unserem SALIS-Konzept für Finanzdienstleistungen, bei dem wir der Trias aus Sicherheit, Liquidität und Rendite die Elemente Zugang (Access) und Solidarität hinzugefügt haben, versucht das iff, die Altersvorsorge, die Kredite und auch die finanzielle Bildung neu zu evaluieren und zu ergänzen. Die Praxis tut sich, wie das Projekt der Commerzbank zur finanziellen Allgemeinbildung deutlich machte, schwer damit, auch das mit einzubeziehen.

Wer lediglich weiß, dass es allein nicht zu schaffen ist, weil die Zumutung zu groß, die Mittel zu klein oder das zu versorgende Ereignis zu früh kommt, für den bedeutet die Erwartungssicherheit nur die sichere Erwartung materieller Unsicherheit. Zur **Eigenverantwortung** gehört daher auch die **Eigenmöglichkeit**.

Eine Gesellschaft, die keine Arbeits- und Ausbildungsplätze garantiert, kann sich das Prinzip privater Eigenverantwortung an sich nur als Zynismus leisten. Deshalb hieß der Vortrag zur Zukunft des Verbraucherschutzes bei der Veranstaltung Agenda 21 der SPD NRW auch provokativ „Selbsthilfe für die Hilflosen“. Die SPD, die sich alle 40 bis 50 Jahre (1923, 1973 und 2003) als Modernisierer profiliert und dabei die Visionen Konservativen oder Kommunisten überlässt, braucht gerade für sich selber soziale Konzepte, die über den Abbau von Subventionen, Steuerchaos, Bürokratie etc hinausweisen und für die es lohnt sich zu engagieren, sonst verliert sie nicht nur die Parteimitglieder, die Jugend, sondern auch die Anerkennung für das Geleistete. Deshalb war der Vortrag auch kein Appell zurück zum traditionellen Sozialstaat. Selbsthilfesysteme brauchen intelligente Finanzierungsformen und Kapitalverwaltungsmechanismen. Das iff hat mit dem kollektiven Girokonto, der generationengerechten Hausverrentung, dem „Mieteigentumsfonds“, dem Gruppenversicherungsmodell bei Konsumkrediten, den Grundsätzen zum Microlending, seinem virtuellen Mittelstandszentrum und dem Modell der Community Filiale („BankLocal“) Produkte und Absatzformen vorgestellt, die umgesetzt und erprobt werden könnten. Banken fürchten die Rückkehr zur Sparsamkeit sowie eine kollektive Selbsthilfe von Bankkunden, da sie zwar nicht die Gewinnmenge dafür aber die Gewinnmarge bedroht. Weniger Kunden mit mehr Gewinn ist ihr aktuelles Ziel.

Neben den konstruktiven Möglichkeiten neuer Finanzdienstleistungen gilt es auch die **Fehlentwicklungen** zu steuern. Die Wirtschaft schafft immer größere Unsicherheit beim Verbraucher. Neben der Produktivitätsförderung lag der historische Sinn von Kapitalzusammenballungen vor allen Dingen auch darin, Risiken großer Fehlinvestitionen oder individuellen Unglücks gesellschaftlich tragbar zu gestalten. Die Bildung von Versicherungen war nur der sichtbarste Ausdruck davon. Auch Banken sind Versicherer, wo sie Kreditengagements eingehen, Zinssätze garantieren und die Ausfallrate auf alle verteilen. Ihr neues Prinzip aber ist das **Outsourcing von Risiken** auf die Verbraucher.

Mit der Ablösung des Sparens durch die Anlage in Aktien und börsennotierte Anleihen, geschlossenen Immobilienfonds, Investmentzertifikaten sowie dem vom Fiskus gestützten Missbrauch von aufsichtsfreien fiktiven Unternehmensbeteiligungen zur Alterssicherung und der Gewöhnung des Publikums an reine Risikoinstrumente ohne Spareffekt trägt der Verbraucher die Unsicherheiten einer Wirtschaftsordnung, die andere steuern und ausnutzen können. Jetzt wird von Versicherern auch noch der Verzicht auf den garantierten Sparbetrag bei der Kapitallebensversicherung gefordert. (dpa-AFX v. 2.1.2003 „Das Risiko liege fast ausschließlich beim Aktionär“, der bei der Münchener Rück vor allem Großaktionär ist.) Die Zukunft liegt dann bei den in den USA dominierenden asset backed securities, bei denen der Verbraucher die Ausfallrisiken der Kreditgeschäfte als Altersvorsorge kaufen soll. Für die Kapitalumverteilung vom Kleinsparer zum institutionellen Anleger in der gerade überwundenen Kapitalmarktkrise (beim Börsencrash geht nichts verloren, sondern, so Kostolany, taucht nur an einem anderen Ort und in anderen Händen wieder auf) stand dabei die Telekom-Aktie. Bei unserem Altersvorsorgetest zusammen mit

dem Bayerischen Rundfunk boten Banken die Riesterreute als sicheren Sparvertrag erst gar nicht an oder rieten vehement davon ab. Der ENRON-Zusammenbruch in den USA hat die Risiken in der betrieblichen Altersvorsorge gezeigt. Im Kreditgeschäft sieht es ähnlich aus. Der Übergang vom Kredit mit festem Zinssatz, der das Zinsänderungsrisiko bei der Bank belässt, zu variablen Zinssätzen, die den Verbraucher belasten, vom fest vereinbarten Kredit mit Kapitalnutzungsgarantie (Raten- und Hypothekenkredit) zu Überziehungs- und Kreditkartenkrediten mit jederzeitiger Kündigungsmöglichkeit, hat die Verbraucher zum größten Versicherer der immer spekulativeren Kapitalinvestitionen gemacht. Dort, wo Verbraucher, bei denen das Einkommen gerade den Lebensunterhalt deckt, die Risiken nicht tragen können, bezahlen sie die Ausfälle mit ihrer Lebensqualität und der Zukunft ihrer Kinder.

Der traditionelle Schutz des Rechts gegen solche Risikoverlagerungen wird nicht nur bei Spiel und Wette oder den Anlagevorschriften abgebaut. Der Bundesgerichtshof versucht mit nicht nachvollziehbaren vom Europäischen Gerichtshof bereits monierten Argumentationen die Risiken aus den vollfinanzierten „Schrottimobilien“ der ehemaligen Bayern Hyp dem Verbraucher zu belassen. Die Richter befürchten, sie könnten mit mehr Anlegerschutz die Wirtschaft gefährden und die Wirtschaft, das sind für sie leider immer nur die Unternehmen, die das Modell der 3% verwalten.

Mit unseren Gutachten und Infobriefen haben wir auch 2003 versucht, machbare Lösungen zu entwickeln, die auch kurzfristig kein Chaos stiften, gleichwohl aber langfristig mehr Sicherheit in den Anlagemarkt bringen. Ein Notar, der morgens um drei Uhr in der Wohnung des Verbrauchers den voll finanzierten Immobilienfondserwerb und eine Stellvertretung des Verbrauchers bei seiner Aufklärung durch den ihn betrogenden Provisionsvertreter beglaubigt, braucht nicht die gesetzliche Ausnahme vom Widerrufsrecht und eine Bank, die ihn so bemüht, auch nicht den Schutz durch den Bundesgerichtshof. (dazu unser Beitrag im Handbuch zum deutschen und europäischen Bankrecht, Springer: Berlin, 2004, S. 317 ff Rdn 187 ff)

c) Eine weitere Komponente der Verunsicherung ist die **Schwächung der Verbraucher durch Überschuldung** und Langzeitverträge. Was an rücksichtslosem Eigennutz noch vor 15 Jahren nur teilweise erlaubt aber anrühlich war, ist heute zulässig und wird vom Erfolg geheiligt.

Dostojewski hat in seinem Roman Rodion Raskalnikoff - Schuld und Sühne implizit die viel zitierte Stelle aus Adam Smith' „Reichtum der Nationen“ von 1776 über die Förderung des Gemeinwohls durch Eigennutz und die Unnötigkeit der Erwartung, dass es „vom Wohlwollen des Metzgers, Brauers und Bäckers abhängt, was wir zum Essen brauchen“, kommentiert. Er lässt Pjotr Petrowitsch ausführen:

„Wenn man mir zum Beispiel bis jetzt sagte: ‚Liebe deinen Nächsten‘ und ich tat es – was kam dabei heraus? Es kam das heraus, dass ich meinen Rock in zwei Hälften zerriss, ihn mit dem Nächsten teilte und wir blieben beide halb nackt, wie nach dem russischen Sprichwort: ‚Wer mehreren Hasen zugleich nachjagt, fängt keinen Einzigen.‘ Die Wissenschaft aber sagt: ‚Liebe aber vor allem zuerst dich selbst, denn alles in der Welt ist auf persönlichem Interesse aufgebaut.‘ Wenn man sich selbst liebt, wird man vor allem seine eigenen Angelegenheiten, wie es sich gehört, in Ordnung bringen und der Rock bleibt einem ganz und heil. Die Erkenntnisse der wirtschaftlichen Gesetze fügen noch hinzu, dass, je mehr es in der Gesellschaft geordnete Privatverhältnisse und sozusagen ganze und heile Röcke gibt, umso mehr solide Grundlagen dann vorhanden sein werden, wodurch das Allgemeinwohl umso mehr gefördert wird. Also, indem ich einzig und ausschließlich für mich allein erwerbe, erwerbe ich dadurch auch für alle und trage dazu bei, dass mein Nächster etwas mehr als einen halben Rock erhält, und nicht bloß als Wohltat von einzelnen Privatpersonen, sondern infolge des allgemeinen Fortschritts. Der Gedanke ist einfach, aber zum Unglück konnte er sich so lange nicht durchsetzen, da Überschwänglichkeit und Schwärmerei ihn bedrängten und doch sollte man meinen, dass nicht viel Witz vonnöten ist um darauf zu kommen ...“ . Zwei Seiten später setzt sich das Gespräch fort (S.206), an dem auch der bis dahin unerkannte Raubmörder Raskalnikoff teilnimmt. Dostojewski beginnt mit einem einfachen Geldfälscherfall, den er Rasumichin erzählen lässt: „Was antwortet dieser Ihr Professor in Moskau auf die Frage, warum er die Scheine gefälscht habe? ‚Alle werden durch altherhand Mittel reich, da wollte ich auch schnell reich werden.‘ – das war seine Antwort! Des Wortlauts entsinne ich mich nicht genau, aber der Sinn war, dass er auf fremde Kosten reich werden wollte schnell und ohne zu arbeiten!“ Darauf wirft der oben zitierte Petrowitsch entrüstet ein: „Aber schließlich, wo bleibt denn die Moral? ...“ worauf Raskalnikoff antwortet: „Ja, was wollen Sie denn? Das entspricht doch vollkommen Ihrer Theorie! Ziehen Sie doch die Konsequenzen dessen, was Sie vorhin predigten, und es ergibt sich, dass man Menschen umbringen darf ...“

Erfolgszahlen legitimieren nicht den Erfolg, sondern messen ihn nur. Das zeigt das Beispiel **Citibank**, einer Bank, die unter so viel aktuellem Beifall deutscher Banker und Politiker ihre sozialen Wirkungen den Erfolgszahlen untergeordnet hat und inzwischen als Kandidat zur Rettung der Ren-

tabilität und Übernahme deutscher Privatbanken gehandelt wird, während die von ihr produzierten und externalisierten Sozialkosten in der Welt hoch sein dürften.

Es gibt dazu eine soziologische Sichtweise: Citibank zerstört mit seinem System soziale Strukturen und Familien. Dies hat David Caplovitz, der wohl bedeutendste Überschuldungsforscher der USA, vor seinem Tode im Jahre 1992 immer wieder betont. „There are many banks guilty of the improvident extension of credit, but based on my experience, the worst offender is the bank that also played a major role in Professor Udo Reifner’s book on instalment credit (Anm. Reifner: Gemeint war der Projektbericht „Ratenkredite für Konsumenten“ von 1976): Citibank shows up over and over again among the debtors who file for bankruptcy through BUCCS (Anm. Reifner: Größte New-Yorker Schuldenberatungsstelle, für die Caplovitz nach seinem späten Jurastudium noch vor seinem Tod als Konkursanwalt arbeitete). I have numerous examples that I might cite. One young man in his twenties has an income of \$25.000. He was able to obtain five different lines of credit from Citibank, a Mastercard, a Visa card, a Preferred Mastercard, a Preferred Visa and Ready Credit. His total debt to Citibank is almost \$15.000 ... In the law suit I hope some day to bring about, I will sue the bank for a range of damages that bankrupt debtors have suffered. These include the humiliation of going into bankruptcy, and the mental suffering as a result of the harsh collection tactics employed by the debt collection agencies. ... Because of their debt problems, many debtors have their marriages break up.“ (vgl. Caplovitz, Credit-Card Mania in America, in: Reifner/Ford, Banking for People, Berlin/New York 1992, S. 119 ff, 123) BUCCS hat heute Rahmenverträge mit Citibank und erhält Prozente vom realisierten Dollar. Michael Hudson hat kürzlich in den USA für den Southern Exposure 31.2 (Summer 2003) unter dem Titel „Banking on Misery“ („Auf dem Rücken des Elends“) sieben Monate lang mit Interviews die Aktivitäten der Citibank in den Armutsmärkten untersucht. Er zitiert einen Anwalt, der Hunderte von Citibank-Kreditnehmern vertritt: „Hinter dem Vorhang leben sie auf Kosten der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft.“ Citibank sei ein Modell der „finanziellen Apartheid“: „ein Unternehmen, das den Kredit bei den unteren Verbrauchern verknappt, um dann davon mit kostspieligen Alternativen zu profitieren. ... Im Durchschnitt hätten diese Kreditnehmer pro Monat \$327 mehr gezahlt als bei einer ordentlichen Bank.“ Mit ihrem Flaggschiff für die Armen in den USA, CitiFinancial, bedient sie inzwischen 4,3 Mio Kunden mit 1600 Zweigstellen in 48 Staaten der USA. $\frac{3}{4}$ seiner Hypothekenkredite seien im Jahr 2000 schon in dieses Segment gefallen. Zu seinen Taktiken gehöre es, unbedarfte Verbraucher „voll mit Versicherungen zu packen.“ Loretta und Danny Jones hätten in Knoxville für einen Wohnungskredit von \$34.075 immerhin \$7.242 Versicherungsprämien zahlen müssen. 240 Mio. Dollar Strafe, die die Federal Trade Commission² von Citibank für die Praktiken in diesem Markt bekam, hätten nichts am Verhalten geändert, weil es gerade einmal zwei Wochen Profit dieser Bank repräsentiere.“ (vgl. dazu auch Handelsblatt v. 6.6.2001: „Geschäfte mit den Armen“³)

Die verbraucherpolitische Sicht dazu hat Ralph Nader, der amerikanische Verbrauchernachwahrer, der General Motors bezwang, versucht und ist gescheitert. Mit einem allzu vorsichtigen Buch⁴ ging er schon vor 30 Jahren erfolglos gegen die Fähigkeit dieser Bank vor nach außen geschlossen und konsequent Macht auszuüben. Der vom iff in den 80er Jahren unterstützte erfolgreiche Musterprozess gegen die damalige Citibank-Tochter KKB um die Kettenkreditverschuldung hat ebenso wenig bewirkt wie die Wucherklagen, die einen großen Teil (an einer unkorrekten Jahresangabe scheiterte die von Citibank verklagte Verbraucherzentrale NRW) der Ratenkredite aus den 70er-Jahren betrafen. Auch die weit überhöhten Verzugszinsen, mit denen sie die uneinbringlichen Schuldenberge in die Höhe brachte und die schließlich Gerichte und Gesetzgeber begrenzen, waren nur Versuch nicht Ziel. Ihre Gewinnstrategien blieben so flexibel und so zielsicher, dass sie Ende der 70er bei Niedrigzinsen ihre Umschuldungen mit Zusatzkrediten bewirkte um die hohen Zinsbelastungen der Verbraucher zu halten, dann aber als die Zinssätze stiegen, stattdessen bei den wie Lemminge folgenden Verbrauchern Gesamtumschuldungen durchsetzte um auch die Vorkredite in die Höhe zu bringen. Ihr von der Fachpresse gelobtes Cross-Selling Potenzial, das ihr 2003 aus Restschuldversicherungen 85 Mio. € Provisionsüberschuss bescherte, schafft sie mit unsinnigen Leistungen, die zu im Marktvergleich zur freien Risikolebensversicherung horrenden Preisen immer mehr das auf Kosten der Kunden versichern, was überwiegend ins Risiko der Bank selber gehört (siehe z.B. „Schöngerechnet und systematisch überschuldet“ Süddeutsche Zeitung vom 19.12.2003; FAZ v. 9.4.03, 46: „Die Kredite von Frau Licci“; diverse Fernsehsendungen in 2003, für die das iff Überprüfungen von Citibank-Krediten durchführte). Die Vorauszahlungspflicht der Prämien garantiert zusätzliches Kreditvolumen und bei vorzeitiger Ablösung die Abrechnung nach der benachteiligenden Rückkaufswertmethodik. Damit nützen sie eine Lücke in der Wucherrechtsprechung aus, die nicht mehr die Belastung des Verbrauchers, sondern nur noch die direkten Zins-einnahmen der Bank reguliert. Mit Zustimmung der Kreditaufsicht werden damit nur noch die Hälfte der Kosten angezeigt. Die EU-Kommission, die wir insoweit mit unserem Alternativentwurf einer EU-Verbraucherkreditrichtlinie unterstützen versucht zurzeit die Lücke wenigstens in der Preisangabe zu schließen, scheitert aber hier noch am Europaparlament, das eine für Parlamente merkwürdige Nähe zu den Banken hat. Mit ihren Verschuldungsaufforderungen treibt Citibank die Kunden in Kettenkredite hinein, bei denen in häufig unterjährigen Abständen alte im Voraus bezahlte Versicherungen aufgelöst und neue altersprogressiv gestaltete Tarife noch ein-

² <http://www.money-advice.net/view.php?id=31186>

³ <http://www.money-advice.net/view.php?id=30943>

⁴ Citibank. Ralph Nader's study group report on first National City Bank / By David Leinsdorf and Donald Etra. Forew. by Ralph Nader. - New York : Grossman, 1974. - 42, 406 S. ISBN: 0-670-22354-9

mal als Zusatzkredit gewährt werden. Selbst solche Feinheiten wie die Abrechnung gekündigter Kredite bleiben von ihrer Philosophie nicht ausgespart, wo sie die rückzuerstattenden Zinsen verkürzte, indem sie die ohnehin schon benachteiligende Faustformel der 78er-Methode um einen Monatszähler verringerte und zur quadratischen Formel machte. Auch ist sie dazu übergegangen die Bearbeitungsgebühr auch im Ratenkredit verzinslich zu gestalten. 24 unserer auf dem Internet bereits veröffentlichten *iff*-Infobriefe⁵ beschäftigen sich mit Citibank-Fällen und für Presse und Rundfunk⁶ wurden unzählige Kredite berechnet und kommentiert. In den USA beobachtet die Coalition for Responsible Lending⁷ in North Carolina Citibank und weist die dortige Forschung nach.

Citibank ist sicher nicht die Einzige. Viele machen es ihr nach. Insbesondere der u.a. auch von Tchibo geförderte Einzug der Royal Bank of Scotland über den Erwerb von Sparten der Santander Direktbank in den deutschen Markt schafft die Zinsverdoppelung über die Versicherungsprämien. Aber keine Bank kann dies so systematisch, so innovativ und so konsequent wie Citibank. Citibank ist eine Bank der Details in der scheinbar jeder Mitarbeiter ein Ziel hat: Ohne Rücksicht so viel wie möglich aus jedem Geschäft zu erlösen. Gewerkschafter sprachen von ihren Mitgliedern bei Citibank wie von einer geschlossenen Betriebsgewerkschaft. Sie hat auch als erste deutsche Bank ihre Kunden in Einkommensgruppen eingeteilt und verlangt offen von den Armen für die gleiche Leistung mehr Zinsen als von den Reichen. Wer Ende 2003 bis € 1.500 netto verdiente zahlte bei kleinen Beträgen 12,38% p.a. Zinsen, während derjenige, der doppelt so viel verdiente, nur noch 6,96% p.a. zahlen sollte. Bei längerfristigen Verträgen sollen es für die Geringverdiener sogar 15,73% p.a. sein. Unberücksichtigt sind dabei noch die Restschuldversicherungskosten (zur Rechtslage vgl. das *iff*-Gutachten⁸). Citibank hat dabei kein Unrechtsbewusstsein oder Skrupel. „Wenn sie es nicht einsehen, wie können sie sich dann ändern?“, beschließt Michael Hudson resigniert seinen Forschungsbericht: „Millionen von dem größten amerikanischen Kreditinstitut und seinen Vorfahren ausgebeuteter Kreditnehmer warten auf eine Antwort.“

Letztlich dürfte allein eine juristische-ökonomische Sichtweise etwas bewirken: Citibank ist ein Kartell in sich selbst. Sie schaltet Wettbewerb aus und macht den Verbraucher zum Objekt ihrer Begierde statt ihrer Bedienung. Das Ganze funktioniert ebenso wie bei Microsoft mit einer marktwirtschaftlichen Form des Feudalismus: dem Abhängigkeitskartell. Das Kartell bindet nicht mehr die Anbieter, es bindet den einzelnen Verbraucher. Unser Recht kennt das Problem, wenn es längere Bindungen als 2 Jahre bei Allgemeinen Geschäftsbedingungen verbietet. Es ignoriert aber faktische Bindungen. Über die Verschuldungsspirale bleibt der Verbraucher an die Bank gebunden, die flexibel auf seine Situationen reagiert, eine immer freundliche und verständnisvolle Fassade aufbaut und sich damit zum Helfer in der scheinbar selbstverschuldeten Not des Kunden stilisieren kann. Der Kunde ist faktisch, ökonomisch und psychologisch an die Bank gekettet, die aus dieser Situation ihr Kapital schlägt. Daher war es auch für Citibank nichts Anrühiges die Bundesbahn dahin zu bringen, ihre Bahncard-Kunden dazu zu zwingen, die Kreditkarten von Citibank mit zu akzeptieren. Das *iff* hat dies seinerzeit aufbereitet und zusammen mit den Verbraucherverbänden sowie Datenschützern die Bundesbahn zum Rückzug bringen können.

Doch Citibank ist nicht irgendjemand. Sie unterscheidet zwischen Kunden und Verbraucherverbänden, sorgt sich um die potenziellen Kritiker mit gezielten Spenden und offener Kommunikation und unterrichtet mit seinem modularen Unterrichtskonzept⁹ seit Herbst 2003 in 100 Schulklassen mit 4000 Schülern der 8. und 9. Klasse. Die Analyse ihrer Verhaltensweisen und Wirkungen muss allerdings so viel Komplexität und Kohärenz bewältigen, dass sie nur in einem längeren Forschungsprojekt zu bewältigen wäre, für das die Gelder nicht bereit stehen. Daher oftmals die Wut, die diese Bank in ihrer Perfektion provoziert und mit der sie ihre Kritiker der emotionalen Ablehnung bezichtigen kann. Sie sollte wissen, dass auch diejenigen, die in ihrem Fall die Chancenvermehrung des Kreditzugangs für Arme im Verhältnis zum sozialen Schaden für erheblich weniger gewichtig ansehen, von dem Instrument Citibank fasziniert sind, das ganz anders wirken könnte, wenn es die bei Dostojewski angesprochenen „Grenzen“ ins Blickfeld rücken würde. Adam Smith gemeinnützige Gewinnsucht wird zu Dostojewski's Erdrosselung, wo Kartelle als Wettbewerbsabsprachen oder als Kunden-Kettung die Freiheit des Verbrauchers ausschließen. Die offene Bewunderung deutscher Banker und von Politikern wie Roland Koch für die Profitabilität dieser Bank lässt vermuten, dass entgegen Adam Smith wir doch das Wohlwollen gesondert einfordern müssen. Damit schützen wir erst den Wettbewerb, den Smith voraussetzte. Es geht 200 Jahre danach um die Durchsetzung des Kartellverbotes im Zivilrecht. Wenn die Gerichte und Aufsichtsbehörden begreifen, dass Schutz vor Wucher, vor Übervorteilung und Ausbeutung, vor Diskriminierung und Irreführung Ausdruck des Wettbewerbsschutzes ist, dann wird es für diese Art der sozialen Zerstörung zumindest schwieriger, sich nach innen wie außen auf die Marktwirtschaft zu berufen.

3. Wir können durch **sichere, zugängliche und transparente, verfügbare, kostengünstige und sozial verantwortliche Finanzdienstleistungen** (unser SALIS-Konzept) Angst eindämmen. Solche Produkte vermitteln Gerechtigkeit machen Risiken tragbar und federn den gesellschaftlichen

5 <http://www.money-advice.net/search.php?txt=MAINAREA%28R%29+Citibank&subsequent=2>

6 <http://www.money-advice.net/search.php?txt=MAINAREA%28P%29+Citibank&subsequent=2>

7 <http://www.predatorylending.org/research/index.cfm>

8 <http://www.money-advice.net/view.php?id=17817>

9 <http://www.fit-fuer-die-wirtschaft.de/>

Fall im Unglück ab statt ihn zu beschleunigen. Sie geben zugleich technisch die Möglichkeiten unseren Konsum selbstbestimmter und sparsamer zu gestalten. Dies sind langfristige Visionen in einer Welt, die sich Solidarität mit allen Menschen vorstellen kann. Auch das ist in unserem Modell der 3% nicht selbstverständlich, wie das Fehlen der Antwort auf die Frage, wann wir denn in dem zitierten Satz von Adam Smith das Essen erhalten, nahe legt. Balzac, den wir im letzten Jahr schon mit dem Charakterbild seines Bankiers Nucingen zitierten, hat in seinem davor geschriebenen Buch „Verlorene Illusionen“ (Ffm 1996/1903 S.153) den Prozess der Qualitätsverschlechterung und **Kurzlebigkeit der Marktwirtschaft** am Beispiel der Verdrängung von Leinen durch Baumwolle bei der Papierherstellung beschrieben:

„Obgleich die Dauerhaftigkeit des Leinenfadens im Vergleich mit der Baumwolle schließlich die Leinwand billiger macht, geben die Armen, da es sich für sie immer darum handelt, ob sie ihrer Tasche eine bestimmte Summe entnehmen können, lieber weniger als mehr aus und erleiden aufgrund des *Vae victis!* enorme Verluste. Die Bürgerklasse verfährt genauso wie der Arme. Daher wird die Leinwand immer seltener. ... Dieses Papier, das zunächst den Nachteil hat, dass es leicht brüchig wird und reißt, löst sich so schnell im Wasser auf, dass ein Buch aus Baumwollpapier nur eine viertel Stunde darin bleiben müsste um zu Brei zu werden, während ein altes Buch noch nicht ruiniert wäre, wenn es zwei Stunden darin bliebe. ... Wir nähern uns einer Zeit, wo die Vermögen sich ausgleichen und also kleiner werden, wo alle ärmer werden; wir werden billiger Wäsche und billiger Bücher bedürfen, wie man anfängt, kleine Bilder haben zu wollen, weil man keinen Raum mehr hat um die großen zu hängen. Die Hemden und die Bücher werden nicht mehr von Dauer sein, das ist alles. Die Solidität der Erzeugnisse verschwindet allenthalben.“

Mit der Handyproduktion für eine Gebrauchsdauer von 6 Monaten und 20 Millionen ungenutzten Handys in den Schubladen haben wir Balzac eingeholt. Doch die moderne Zeit hat auch das Gegenmittel mitgeliefert, den Kredit. Mit langfristigen Krediten könnten wir Werte für die nachfolgenden Generationen schaffen statt ihnen unseren Ramsch zur Entsorgung zu überlassen. Dazu gehören aber hohe Zinssätze für Kurzlebiges und niedrige Zinssätze für nachhaltige Produkte. Ein Weg wäre die Beschränkung der Schuld auf den Gegenstand wie bei der Grundschuld. Was schnell vergeht, könnte nur niedrig oder mit hohem Risiko beliehen werden. Was lange währt, kann langfristig, hoch und mit geringem Risiko beliehen werden. Das bewusste Sparen wäre die Möglichkeit dieses System beim Kunden zu refinanzieren, weil der Kredit horizontal nur Arbeit auf bestimmte Gegenstände konzentriert (und damit von anderen abzieht), während er vertikal in der Zeit den Nutzen der Zukunft bereits heute anrechnet.

Langfristige Investitionen sind nur möglich, wenn wir wieder lernen, kollektiver zusammen mit unseren Kindern und Enkelkindern zu denken und wenn wir uns auf den Ursprung des Wortes Kredit, das langfristiges Vertrauen zwischen Sparern und Nutzern verlangt, besinnen. Absinkende Sparquoten deuten Entsolidarisierung, Kurzsichtigkeit und Perspektivlosigkeit an. In den USA ist die Sparquote bereits insgesamt negativ. Bei uns ist sie und darüber sollte die an den oberen zehntausend orientierte deutsche Sparquote nicht hinwegtäuschen, die nicht die Sparsamkeit, sondern den Überfluss repräsentiert, mit steigender Tendenz für 40% der Bevölkerung ebenfalls negativ. Sparen um des Kredits willen und Kredite zur Förderung der Sparsamkeit, dies wäre das Ziel, so wie einst Kirchen und Monumente gebaut wurden. Dazu bedarf es nicht allein der finanziellen Bildung, sondern vor allem entsprechender Finanzdienstleistungsangebote, die hinter dem Sparen als rentierlicher Anlage auch wieder ihren gesamtgesellschaftlichen Sinn deutlich machen. Die Appelle des Bundeskanzlers in seiner Neujahrsansprache zu mehr Ausgaben gleichgültig wofür waren da wenig hilfreich.

4. Das Jahr **2003** war wieder ein Jahr intensivster Arbeit und Entwicklung. Acht teilweise langjährige **Projekte** wurden erfolgreich beendet: (1) Alternativentwurf einer EU-Verbraucherkreditrichtlinie (Verbraucherzentrale Bundesverband, vzbv); (2) Monitoring the Uptake and Effectiveness of the Voluntary Code of Conduct on Pre-Contractual Information for Home Loans (Europäische Kommission, Generaldirektion Health and Consumer Protection); (3) Efficiency of the Selfregulation of the Mortgage Industry in the EU-Member States (Europäische Kommission, Generaldirektion Health and Consumer Protection); (4) Legislation relating to Consumer Overindebtedness in all EU-Member States (Europäische Kommission, Generaldirektion Health and Consumer Protection); (5) Financial Literacy in Europe (Europäische Kommission, Generaldirektion Social Policy); (6) Insolvenzprävention und Krisenmanagement bei KMU (Bundesministerium für Bildung und Forschung); (7) Konzept

einer lokalen Bankfiliale (Bundesministerium für Bildung und Forschung) sowie (8) Finanzielle Allgemeinbildung: Modellprojekte zur Finanziellen Allgemeinbildung (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend). Unsere **Forschungsschriftenreihe** in der **NOMOS Verlagsgesellschaft** konnte um drei Bücher¹⁰ erweitert werden. Im Bereich der **anwendungsorientierten Forschung** haben wir unsere qualitativen Finanzberatungstests, unsere Infobriefe, Fallgutachten, die Software „CAWIN“¹¹ sowie unsere diversen Internetauftritte ausgebaut. Damit haben wir unsere finanziell diversifizierte Struktur von 60% Forschung, 20% Service und 20% Produktverkauf aufrechterhalten.

Zwei Themen haben uns 2003 besonders beschäftigt: die finanzielle Allgemeinbildung und die Überschuldungsprävention. Unser theoretisches Konzept einer **finanziellen Allgemeinbildung** als Herausbildung von Lernprozessen zwischen Wirtschaft und Verbraucher, in denen Finanzdienstleistungen sozial angepasster produziert, vertrieben und genutzt werden, konnte in der Praxis erprobt werden. Mit neuen Gruppenberatungsmodellen für Überschuldete konnten wir zusammen mit der Schuldnerhilfe Köln und Essen e.V. die „Bildungsanreicherung der Präventionsarbeit“ erproben. Nach Abschluss unseres Pilotprojekts in verschiedenen Hamburger Schulen hat die Stadt Hamburg Finanzielle Bildung in den Rahmenlehrplan aufgenommen. Weitere wichtige Aufschlüsse liefern eine Schulbuchanalyse sowie die abgeschlossenen Analysen für England (Fragebogen zu einem FinanzPisa), Frankreich und Belgien (Finanzielle Allgemeinbildung in Verbänden) sowie Italien (Immigranten und Finanzen). Unsere Website „Finanzielle Allgemeinbildung“¹² sowie unser entsprechendes Wissensportal „European Clearinghouse Financial Literacy“¹³, sind öffentlich zugänglich und unterstützen den Prozess.

2003 haben wir bereits für das neue Jahr zusammen mit dem Deutschen Volkshochschulverband eine umfassende Aktion zur **privaten Altersvorsorge** vorbereitet. Diese soll den Bürgern die Möglichkeiten aufzeigen mit den neuen Zumutungen bei bestehendem Angebot an privaten Vorsorgealternativen fertig zu werden. Gleichzeitig möchte die Commerzbank, die unser Thema der finanziellen Allgemeinbildung aufgegriffen hat und unsere kritische Stellungnahme dazu nicht scheut, mit uns nach einem amerikanischen Vorbild eine betriebliche Weiterbildung zur finanziellen Allgemeinbildung erproben. Schließlich sucht die Hamburger Schulbehörde gemeinsam mit uns nach einem Partner im Banksektor für das Projekt „Bank in der Schule“. Bislang stehen die Banken dieser Idee reserviert gegenüber, obwohl ihre Aufgabe minimal wäre: Kontoeröffnung und Patenschaft für eine Klasse beim Selbstlernen im simulierten Banking. Vielleicht nützt unsere Schulbuchanalyse, die wir im Frühjahr vorstellen werden, hier etwas.

In unserer aktuellen **Studie zur Überschuldungsprävention** für die Europäische Kommission sowie im Alternativentwurf einer EU-Verbraucherkreditrichtlinie im Auftrag der deutschen Verbraucherverbände haben wir das Bedingungs-dreieck von Angeboten der Anbieter, Aufgabenzuweisung und Begrenzung durch den Staat sowie sozialer Kompetenz der Verbraucher in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gestellt. Wir haben in kritischer Begleitung des Engagements der SCHUFA (Schuldenkompass) angefangen die Fragen jeweils in ein System von 10 Grundthesen für die Problem-entwicklung umzusetzen. Wie immer haben wir alles im Web dokumentiert¹⁴. Entsprechende Grundsätze gibt es auch für die Regelung von Konsumentenkrediten und für den Einsatz des Micro-lending. Was früher einmal Dogmatismus genannt wurde, wird damit - ermutigt durch die dänischen Filmemacher - wieder im ursprünglichen Sinn entwickelt: Lehren ziehen, die die Diskussion weiterbringen und strukturieren sollen. Für die SCHUFA, die sich ähnlich wie die Commerzbank von unseren kritischen Kommentaren nicht abschrecken ließ, werden wir 2004 eine internationale Studie zum Thema Überschuldung erstellen.

¹⁰ <http://www.iff-hamburg.de/3/nomos.html>

¹¹ <http://www.cawin.de>

¹² <http://www.finanzielle-allgemeinbildung.de>

¹³ <http://www.finlit.org>

¹⁴ http://www.money-advice.net/admin/media.php/file/media/772/iff_Stellungnahme_Schufa_Schuldenkompass_2003_Teil3_2003-11-28.pdf

Ein wichtiger Schritt zur Kontrolle des Finanzdienstleistungsmarktes durch qualifizierte Finanzberatung für Verbraucher und durch Sammlung von Daten konkreter Produkte stellt die Entwicklung unserer neuen **Software finanzcheck**¹⁵ dar. Nach dem Liquiditätsmodell werden in **finanzcheck** alle Finanzdienstleistungen aus der Sicht der Verbraucher und mittelständischer Unternehmen in Ausgaben und Einnahmen zerlegt, Haushalts- und Betriebsplanungen ermöglicht, rechtliche Grenzen wie Wucher, Verzugszins- und Verrechnungsregeln, Preisangabebestimmungen sowie Schadensverläufe überprüft. Damit werden für Verbraucher- und Mittelstandskredite, Wohnungsfinanzierungen, Altersvorsorgeprodukte und Zweckanlagen nicht nur neue Möglichkeiten geschaffen Produkte zu kontrollieren, sondern jetzt auch zu generieren, die den Kriterien unseres SALIS-Konzeptes gehorchen. Wir werden mit diesem neuen Softwaretool, das auf den Programmen CALS, FOAB, BAUFUE und CAWIN beruht, in der Lage sein rechtswidrige und schädliche Produktgestaltungen offen zu legen, neue Konzepte technisch umzusetzen und eine sozial adäquate Nutzung von Finanzdienstleistungen zu entwerfen. **finanzcheck** bildet jetzt mit dem Schuldenberatungs- und Haushaltsanalyseprogramm CAWIN eine Einheit, die die subjektiven Bedingungen beim Verbraucher und die objektive Struktur des Angebots in Beziehung setzen und damit den wechselseitigen Prozess der Entwicklung unterstützen können.

5. Die **Unterstützung Verbraucherschutzorientierter Forschungsarbeit durch die EU** bleibt ab 2004 ungewiss. Die zuständige Abteilung bei der EU „Finanzdienstleistungen und Verbraucherschutz“, die jetzt in der Abteilung „Schutz der wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der Verbraucher“ aufgegangen ist, hat bislang für 2004 nichts ausgeschrieben – ein Novum. Im Übrigen können die neuen Vergabepraktiken der EU-Kommission ohnehin dazu führen, dass künftig Forschung für Verbraucherinteressen es schwer hat, die am Consulting orientierten formal Anforderungen der Ausschreibungen und ihrer Zeitplanung ihrem Billigkeitsgebot sowie ihren Umsetzungsvorstellungen zu genügen. Gewinner werden große Organisationen und Unternehmensberatungen sein, die alles versprechen und damit alles zu können vorgeben, meist ihren Schwerpunkt bei Aufträgen der interessierten Wirtschaft haben. Stromlinienförmige Vergabeverfahren mögen aus Sicht der EU effizienter sein; die qualitativen Ergebnisse solcher „Forschungs“aufträge werden sich erst später zeigen.

Etatängste und -kürzungen berühren zum ersten Mal in der 15 jährigen Geschichte auch unsere Planungen für unsere sechste **internationale Konferenz zum Thema „Nachhaltige Finanzdienstleistungen“** an der altherwürdigen portugiesischen Universität Coimbra. Viele Unterstützungszusagen liegen uns zwar vor wie z.B. von der Universität Coimbra, der International Association of Consumer Law, dem vzbv sowie vieler Einzelpersonlichkeiten. Andere europäische Finanzdienstleister und Verbände halten sich hingegen zurück. So auch noch die EU. Hier brauchen wir den Mut und die Unterstützung für eine Konferenz „von unten“, weil Nachhaltigkeit offenbar eben doch kein Thema der Finanzbranche zu sein scheint.

Wo die politischen Institutionen mit dem Tagesgeschäft überfordert sind, sind wir auch kurzfristig als Berater gefragt. In 2003 führte dies zu Anfragen der OECD, der japanischen Zentralbank, dem Woodstock Institut in Chicago, der Weltbank, der französischen Wohnungsorganisation ANIL, der englischen Financial Services Authority, dem europäischen Verband der Direktfinanzierer sowie vielen Presseorganen.

6. Im **Forschungsbereich** haben wir uns für **2004** als Juniorpartner gemeinsam mit dem Institut für Wirtschaft (Halle) sowie über weiteren 15 Forschungseinrichtungen um ein multinationales Projekt zur Strukturverbesserung in den EU-Beitritts- und Beitrittskandidatenländern beworben, das uns die nächsten fünf Jahre beschäftigen könnte. Wir wollen ferner über die VW-Stiftung ein interdisziplinäres Projekt zum Stellenwert und zur Qualität der Berufung auf „Ethik“ in der Finanzwirtschaft umsetzen. Zu den laufenden großen Forschungsprojekten gehört der Entwurf eines Allgemeinen Teils für ein Finanzdienstleistungsgesetz im Auftrag des Bundesministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

¹⁵ <http://www.iff-finanzcheck.de>

Im **Produkt- und Servicebereich** werden wir 2004 Bundesländern, Kommunen und interessierten Verbänden unser neues virtuelles Mittelstandszentrum mit Ratgebern, Telefonhotline, neuem Internetauftritt bzw. Anpassung einer vorhandenen Website, Content-Syndication, Beratungssoftware und Datenbanken zum Einsatz anbieten. In alt bewährter Form bieten wir weiter unser Infobriefsystem an, in dem wir für unsere Abonnenten aktuelle Problemfälle im Finanzdienstleistungssektor aufbereiten. Erstmals werden wir unsere neue Software *finanzcheck* vertreiben sowie CAWIN mit seinen bevorstehenden neuen Updates. Weitere Schwerpunkte werden qualitative Beratungstests im Auftrag von Finanzdienstleistern und Medien sein sowie unser Rechen- und Gutachtenservice.

Institutionell sind wir auf „Brautschau“, da die **Hamburger Universität für Wirtschaft und Politik**, mit der wir seit Institutsgründung personell verwoben sind, in die Hamburger Universität integriert und damit als eigenständige Institution aufgelöst wird. Mit dieser neuen „Hochschulpolitik“, die nach mehr formaler Effizienz strebt, wird zugleich eine Wiege des deutschen Verbraucherschutzes aufgelöst, die mit Personen wie Scherhorn, Reich, Tonner und Micklitz sowie mit der Zeitschrift *Verbraucher und Recht* verbunden ist. Die neuen Aufnahmefakultäten der Juristen und Ökonomen haben für diesen Bereich bislang kein Interesse bekundet. Das *iff* hängt davon sicherlich nicht ab, denn es hat seit seinen Anfängen bewiesen, dass es ohne Subventionen existieren kann. Allerdings haben wir Gespräche mit einer Reihe von Institutionen aufgenommen um die Verankerung in der unabhängigen Wissenschaftslandschaft und die Nähe zur Lehre auch in Zukunft garantieren zu können. Für die Einrichtung des *iff*, seine Arbeiten, seine Informationskompetenz und Webpräsenz, seine schlanke Arbeitsorganisation, seine zahllosen Forschungskontakte und Partner aus Netzwerken und Kooperationen in aller Welt und seine seit 17 Jahren kontinuierlich wachsenden Einnahmen¹⁶ sollte es Interessenten geben, die eine institutionelle Anbindung und langfristige Sicherung anstreben.

Hierzu auch einmal eine andere Seite des *iff*. In den letzten 10 Jahren hat das *iff* nicht nur 30 Dauerarbeitsplätze geschaffen, sondern auch **7,5 Mio. € Drittmittel** für Hamburg eingeworben. Im Durchschnitt der letzten Jahre wurden davon 480.000 € jährlich an Drittmitteln nur für Forschung bereitgestellt, wobei die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die bei den Betriebswirten 18% und im Durchschnitt aller sogar über 40% der Drittmittel zuschießt (siehe CHE, Forschungsranking, 2004 S.18, 138) dem *iff* in den letzten 15 Jahren noch keinen Euro gegeben hat. Außerdem vereinnahmen allein die Fakultäten in Frankfurt a.M. und Saarbrücken 20% aller Drittmittel in der Betriebswirtschaftslehre. Pro Jahr umgerechnet akquirieren von 55 BWL-Fakultäten nur 9 mehr als das *iff*. Nimmt man den Ranking-Indikator „pro Wissenschaftler“, der nur bei der privaten Universität Witten-Herdecke über 30.000 € liegt, wäre das *iff* mit 7 Vollstellen unangefochten auf Platz 1. Damit läge das *iff* als unsubventioniertes Institut in der Spitzengruppe der BWL-Fakultäten auf Platz 10 und könnte die Hamburger Fakultät, die dort nicht aufgeführt wird, um mindestens 31 Plätze in die Spitzengruppe des CHE-Forschungsranking¹⁷ bringen. Bei den Juristen gibt es kein Drittmittelranking, weil dort die Zahlen noch erheblich bescheidener ausfallen würden. Bei Publikationen, Promotionen, Pressemeldungen und internationalem Ansehen wäre auch einiges in die Waagschale zu werfen. Das *iff* muss aber nicht in Hamburg angebunden sein. Das *iff* kooperierte allein 2003 unter anderem mit den Universitäten Trient (BWL und Jura), Nantes (Jura), Caen (BWL), Lyon (BWL), Birmingham (BWL), Bayreuth (BWL), Eindhoven University of Technology (BWL), Erasmus University Rotterdam (Jura), Helsinki (Jura) und Halle Institute for Economic Research (VWL). Insofern hoffen wir, dass dies eine Fakultät motivieren wird, sich mit einem kostenneutralen Drittmittelforschungsinstitut wie dem *iff* zu verstärken.

Bis zu unserem 20-jährigen Jubiläum im Jahre 2007 sollte dieser Prozess von der Gründung bis zur Institutionalisierung abgeschlossen sein. Ideen und Angebote hierzu sind willkommen. Wer wir sind und was wir machen, wird auf unseren verschiedenen Websites inzwischen umfassend dokumentiert. 1,7 Mio Hits hatte unsere Website 2003 und 1,2 Mio mal wurden Seiten besucht.

7. 34 Personen sind ständig, wenn auch teilweise in unterschiedlicher Intensität, für das *iff* tätig.

Auf Forschungsdirektionsebene wirken im die Professoren Ingrid Gröbl im Bereich der Volkswirtschaftslehre sowie Prof. Wilfried Laatz im Bereich der empirischen Sozialforschung und Datenauswertung mit.

Die internen Bereichsverantwortlichkeiten haben sich im Vergleich zu den Vorjahren nicht geändert. Achim Tiffe: Finanzdienstleistungsrecht, Beratungstests; Helga Springeneer: Insolvenz-

¹⁶ <http://www.iff-hamburg.de/1/16/IFF-Bilanzen.html>

¹⁷ http://www.che.de/Intranet/webservices/news/uploads/Forschungsranking2003uebersicht_148.pdf

recht/Krisenmanagement, Überschuldung; Anke Turner: Mittelstandsfinanzierung¹⁸, Strukturpolitik der Banken, Produktentwicklung; Michael Motylewski: Datenbanken, Web-Auftritte, Publikationen; Michael Feigl: Content-Betreuung der Datenbank FIS money-advice.

Mit Dr. Mirjam Jacquemoth haben wir leider im Herbst unsere fünfte Mitarbeiterin in der Instituts-geschichte an eine Professur verloren, was uns ehrt und zugleich traurig macht. Da die Hamburger Universitätslandschaft für den Bereich Finanzielle Allgemeinbildung bislang keine vergleichbare Position anbietet, ist mit ihrem Ausscheiden zugleich ein örtlicher Weggang zu betrauern. Ihre Arbeit wird institutsintern fortgeführt und ihre Stelle in 2004 neu besetzt. Im Bereich Small Business Financing wechselte Andreas Mahlke, wissenschaftlicher Mitarbeiter der HWP, in das Unternehmenscontrolling.

Neu am *iff* ist Leonore Michaelis, die nach 9 Jahren in leitender Verwaltungsposition bei Verbraucherverbänden nunmehr die *iff*-Geschäftsführung und unser Projektmanagement betreut.

Unser Office Management wird von Doris Böhm und Ilona Kotek ausgeführt.

Die technische Entwicklung unserer Software CAWIN, *finanzcheck* sowie der Kleinunternehmens-hotline-Datenbank FinanzCall erfolgt durch die Programmierfirmen CS Consulting AG sowie CTNM Computertechnologie und Neue Medien.

Die Zeitschrift Verbraucher und Recht (VuR) wird weiterhin von Tanja Plaisier betreut; VuR wird ab 2005 zu einem anderen Verlag wechseln.

Unsere Übersetzungen werden wie bisher aus Birmingham von Rosemary Fogitt angefertigt.

Zum Schluss noch einmal herzlichen Dank für Kritik und Vertrauen.

Im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts, des Vorstands und der Mitglieder des Vereins grüße ich Sie recht herzlich und verbleibe

Ihr

¹⁸ <http://www.fit-in-finanzen.de/>

Wunschzettel des iff bis zu seinem 20. Gründungstag am 1.1.2007

1. Sie werden Fördermitglied auch mit Beiträgen für spezielle Zwecksetzungen.

Sie können ihre (steuerabzugsfähige) „Förderung“ (Stichwort) auch zweckgebunden geben für unentgeltliche Gutachten des iff für Verbraucher, Kleinunternehmer und gemeinnützige Einrichtungen, die allgemeine Fragen betreffen und für die die Betroffenen keine finanziellen Mittel haben, weil sie mit ihrer Finanzierung oder Anlage gescheitert und überschuldet sind oder weil sich der Aufwand im Verhältnis zum individuellen Nutzen eines Einzelnen nicht lohnt.

2. Ihre Hochschule möchte mit uns einen Kooperationsvertrag schließen, der uns mit Forschung und Lehre weiter verzahnt.

Die HWP wird von der Universität Hamburg übernommen. Wir wollen wie bisher keine Subventionen aber eine personelle Anbindung an den Lehrkörper sowie Verbindungen zu Studium und Forschung haben. Wir sind offen auch für andere Universitäten und Hochschulen.

3. Sie erwerben Bücher und Software und/oder abonnieren unseren Infobrief.

Publikationsthemen (ab 2002): Kleinunternehmen und Banken, Microlending, Finanzielle Allgemeinbildung, Schuldnerberatung.¹⁹

Software: CAWIN 6.0²⁰ und finanzcheck 1.0²¹

Infobriefe²²: Über 360 Infobriefe mit Falllösungen, Hintergrundinformationen und Stellungnahmen zu jeweils konkreten, aus der Praxis der Verbraucherberatung gemeldeten Fällen sind bereits verarbeitet. Monatlich kommen etwa vier hinzu. Sie sind aktuell informiert, erhalten Anregungen und rechtliche Ausarbeitungen.²³

Sie unterstützen die 6. Finanzdienstleistungskonferenz „Nachhaltige Finanzdienstleistungen“ in Coimbra (2005)²⁴

Wenn im März 2004 in Lissabon mit Beteiligung aller großen Banken der Welt die Konferenz „Winning in Retail Finance“ der EFMA läuft, deren Abschlussplenum unter dem Motto steht „Dreaming up the bank of the future, relieved from any constraint, is a nice exercise. But one has to cope with legacy systems“, dann wollen wir darauf antworten können. Unterstützen Sie uns mit einem Unterstützungsschreiben für unseren EU-Antrag, Ihrer in Aussicht gestellten Anmeldung. Werden Sie Mitveranstalter und/oder unterstützen Sie uns mit Spenden, Referenten und Arbeitsgruppen wie schon eine Reihe von Organisationen und Persönlichkeiten.

4. Sie beteiligen sich an unserem Internet-Informationssystem und unserer Spezialbibliothek.

Unser Money-Advice.net-System bietet im Internet frei zugänglich (2003 663.100 Hits u. 232.033 Seitenbesuche) mit seinen verschiedenen Ablegern fast 40.000 Volltextseiten zu allen Themen des Social Finance. Wir werten mit 8 Personen ständig Meldungen, Presse, Urteile, Adressen aus, publizieren graue Literatur, Bildungsmaterialien, Hintergrundinformationen und stellen diese Systeme für die dezentrale Eingabe durch Dritte zur Verfügung. Wir bieten Ihnen Inhalte hieraus als so genannte Content Syndication an sowie deren Anpassung an die Gestaltung Ihres eigenen Web-Auftritts.

5. Sie bauen in Ihrer Region mit unserer Hilfe ein virtuelles Mittelstandszentrum auf.

Unser Mittelstandszentrum mit fall- und gruppenbezogenem Rategeber, Hotlinesystem, Hintergrundinformationen aus Recht und Wirtschaft, Rechensoftware ist fertig zum Einsatz und wird von Verbänden der Selbstständigen unterstützt. Wir suchen die Einrichtung, Landesregierung, Stadt, die damit ihre Aktivitäten bündeln und anreichern will.

6. Ihr Verlag hilft uns den iff-Bankenratgeber herauszubringen, der die Essenz aus den 13 Finanzdienstleistungsratgebern bei rororo in einem Band praxistauglich komprimieren soll.

„Seit letztem Jahr versuche ich Ihre Rowohlt-Ratgeber ... zu bekommen. Bisher völlig erfolglos. Mithilfe Ihrer noch erhältlichen Ratgeber ... habe ich sehr gute Erfahrungen gemacht. Umso mehr bin ich enttäuscht ... Es wäre wirklich schade, wenn Ihre Info-Reihe völlig vom Markt verschwinden würde und der Verbraucher nur noch auf die (umfassende) Beratung durch parteiliche Bankenvertreter angewiesen wäre oder den zeitlich aufwändigen Besuch bei den Verbraucherberatungsstellen.“ (Leserzuschrift Dezember 2003) Nach fast 50.000 verkauften Exemplaren ist dies nachvollziehbar.

¹⁹ <http://www.iff-hamburg.de/3/nomos.html>

²⁰ <http://www.cawin.de>

²¹ <http://www.iff-financheck.de>

²² <http://www.money-advice.net/search.php?txt=MAINAREA%28R%29+TITLE%28infobrief%29+&subsequent=2>

²³ **Archiv der Infobriefe** in FIS money advice:

<http://www.money-advice.net/search.php?txt=MAINAREA%28R%29+KEYWORD%28iff-Ratgeber%29+&subsequent=2>

Schlagwortindex der Infobriefe von 1995 bis 2003:

http://www.money-advice.net/admin/media.php/file/media/843/Infobriefe_Schlagwortregister_1995-2003.pdf

²⁴ http://www.iff-hamburg.de/4/coimbra/coimbra_de.html